

Pressemeldung zum Schuljahresanfang

Stuttgart, 11.09.2025

Ein Schuljahr im Landtagswahlkampf: Schulen brauchen jetzt Ruhe

- Gymnasien sind keinesfalls die neuen Haupt-Schulen
- Handyregelungen für Schulen hinter Erwartungen
- Lehrkräftegewinnung bleibt größtes Problem
- Ruhe fürs System statt aktueller Volksanträge
- Forderung nach »Enquete-Kommission Bildung« als Wunsch an den kommenden Landtag

Stuttgart, 11. September 2025 – Die Sommerferien befanden sich in den letzten Atemzügen, da sorgte Kultusministerin Theresa Schopper mit einem Interview für Aufregung. Sie wolle eine höhere Quote an Abiturienten und weniger „Abschulungen“. Für den Landeselternbeirat (LEB) eine erstaunliche Äußerung nach der 16 Monate währenden Aufregung um die verbindliche Grundschulempfehlung für Gymnasien: „Die Koalition hatte sich doch gerade entgegen der meisten an Bildung Beteiligten für eine gymnasiale Exklusivität entschieden; da wirkt diese Äußerung, als ob die Kultusministerin nicht Teil dieser Regierung war“, wundert sich der LEB-Vorsitzende Sebastian Kölsch: „Solange wir unterschiedliche Schularten haben, ist deren Profilierung angebracht. Eine weitere Aufblähung der Gymnasien inklusive einer Nivellierung nach unten ist absolut sinnlos, wie auch von der wissenschaftlichen Beratung des Ministeriums geäußert.“

Handyregelungen bleiben hinter Erwartungen zurück

Heimlich, still und leise veröffentlichte das Kultusministerium am 9. September auf seiner Website die angekündigten Handyregelungs-Formulierungshilfen für die Schulen. Nach Ansicht des LEB rechtfertigen diese nicht die Diskussion, die seit ihrer Ankündigung im März 2025 entbrannt ist. „Mit Ausnahme zahlreicher Grundschulen haben so gut wie alle Schulen im Land

Geschäftsstelle

Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Telefonsprechstunde

Dienstag, Donnerstag
8:30 bis 12:00 Uhr

Vorstand

Sebastian Kölsch
(Vorsitzender)
Dr. Gebhard Mehrle
Erika Macan
Manja Reinholdt
Susanne Balzer
Bernd Oberhäußer
Friedhelm Biene

Kontakt

Tel. 0711 741094
Fax 0711 741096
www.leb-bw.de
info@leb-bw.de

bereits Regelungen, die weit über die gemachten Vorschläge hinausgehen“, so Kölsch. Dem LEB gefallen die Formulierungen zu einigen Ausnahmen nicht: „Insbesondere die Nutzung privater Smartphones für den Unterricht geht ganz klar an der eigentlichen Zielsetzung der Regelungen vorbei und erspart den Schulträgern die adäquate Ausstattung der Schulen mit Endgeräten.“ Trotz zahlreicher Angebote zur gemeinsamen Erstellung der Regelungen zeigt sich der LEB-Vorsitzende außerdem enttäuscht, dass trotz Demokratiebildungsfokus die Beratungsgremien wieder einmal zu »Kenntnisnahmegremien« verkommen.

Lehrkräftegewinnung bleibt größte Herausforderung

Trotz der intensiven Bemühungen, die vor den Sommerferien gefundenen Geisterlehrer-Stellen zu besetzen, bleibt der Lehrkräftemangel und seine Bekämpfung die drängendste Aufgabe baden-württembergischer Kultuspolitik. „Nach allem, was wir wissen, schließen die 1.440 Deputatsstellen lediglich die Lücke zu 100% Versorgung“, gibt Sebastian Kölsch den aktuellen Kenntnisstand wieder. „Für den LEB ist nach wie vor das von der OECD empfohlene Optimum von 110% Abdeckung das Ziel, um Unterrichtsausfälle in der Praxis weitestgehend auszuschließen.“

Nach Neuerungen: Schulen müssen zur Ruhe kommen

Das neue Schuljahr bedeutet den Startschuss für G9, SprachFit, Mathebänder, zahlreichen Änderungen in der Sekundarstufe I und die flächendeckende Umsetzung des Startchancen-Programms. „Nach eineinhalb Jahren großen Aktionismus“ benötigt das System nun vor allem eins“, betont Sebastian Kölsch: „Ruhe ist jetzt nötig, um die Neuerungen gut umzusetzen.“ Aus diesem Grund ist der LEB ausdrücklich zurückhaltend gegenüber zwei aktuell laufenden Volksanträgen. „Es werden nie alle mit allen Änderungen zufrieden sein, insbesondere nicht in einem so komplexen und heterogenen Umfeld wie dem Bildungssystem“, weiß der Vorsitzende des LEB. „Da ist es umso wichtiger, nicht mit der Durchsetzung von Partikularinteressen das Gesamtsystem in Atem zu halten, sondern mit Blick auf alle die besten Kompromisse zu finden.“ Der LEB vertritt alle Schularten im Land.

Enquete-Kommission Bildung statt Ideologie

Im Lichte der anstehenden Landtagswahl erhofft sich der LEB daher die Bereitschaft aller Parteien, Bildung zwar zum

Schwerpunkthinhalt künftigen Handelns zu machen, aber erstmals wissenschaftliche und Praxis-Expertise über Partei-Ideologie zu stellen. „Wir erinnern an die exakt ein Jahr alte gemeinsame Forderung nach einer »Enquete-Kommission Bildung«, für die wir gemeinsam mit dem Landesschülerbeirat zahlreiche große Verbände gewinnen konnten“, so Kölsch. „Nach der verpassten Chance einer Bildungs-Allianz im Vorfeld der Wiedereinführung von G9 ist Konsens und datengestützte Entscheidungsfindung das Gebot der Stunde, um Baden-Württembergs Schulen und damit die junge Generation nachhaltig fit für die Zukunft zu machen.“